



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/9c

18. April 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

| | |
|--|------|
| Was die SPD zum Schumanplan zu sagen hat | S. 1 |
| Um die Suezkanal-Zone | S. 3 |
| Wieder Heimkehrer aus Russland | S. 4 |
| Anna Stiegler 70 Jahre | S. 6 |

Krisenherd Schumanplan

P.R. Die Bundesregierung hat sich durch die Unterschrift Dr. Adenauers unter den Schumanplan festgelegt. Der Kanzler und Außenminister leitete diese Unterschrift, obwohl er wissen musste, dass ein sehr grosser, vermutlich der grössere Teil der Bevölkerung gegen diesen Vertrag ist. Formal kann er sich auf seinen Auftrag zur Regierungsführung und die Möglichkeit der späteren Verwerfung des Vertrages durch das Parlament zurückziehen. Politisch war er ohne Legitimation und offenbar wieder einmal von dem Wunsch beseelt, durch die Schaffung vollendeter Tatsachen die parlamentarische Korrektur eines vorweg genommenen Tatbestandes zu erschweren.

Die sozialdemokratische Opposition wird in diesen Tagen, wenn sie letzten in Paris vereinbarten Einzelheiten mitberücksichtigt werden können, eine sehr sorgfältige Zusammenstellung der Gründe vorlegen, aus denen sie den Schumanplan ablehnt. Sie wird diese Darstellung mit der Proklamierung von grundsätzlichen Feststellungen über die eigene Konzeption für die Schaffung einer europäischen Gemeinschaft verbinden. Im übrigen haben auch die Gewerkschaften noch einmal in aller Form schwere Bedenken in Einzelfragen angemeldet.

Der Eifer, mit dem sich die Regierung bemüht hat, in den eif

Monaten, seitdem dieser Plan auf der Tagesordnung der internationalen Diskussion steht seinen eigentlichen Inhalt und die im Verlauf der Verhandlungen vorgenommenen Veränderungen der Öffentlichkeit vorzuenthalten, war ungemein bezeichnend. Die Geheimhaltung ging so weit, dass bis in die letzten Tage nur wenige Exemplare an einen kleinen Kreis von Abgeordneten abgegeben wurden. In Frankreich ist der Vertrag seit Monaten im Buchhandel zu haben und das Geschäft mit ihm geht, wie man hört, gut. Die französische Regierung hatte freilich auch - und das ist der Unterschied - von sich aus gewisse keinen Grund, ein Bekanntwerden des Vertragstextes zu scheuen, sie hat ihn noch weniger nach den inzwischen vorgenommenen Veränderungen.

Der Schumanplan ist ein sehr umfänglicher, wortreicher Vertrag. Viele seiner Artikel sind kleine Abhandlungen für sich, oft von einer fast absichtlich wirkenden Vieldeutigkeit. Eine ins einzelne gehende Auseinandersetzung mit ihm erfordert infolgedessen ebenfalls ziemlich breiten Raum, der hier nicht zur Verfügung steht. Die detaillierte Beweisführung wird künftigen Publikationen vorbehalten bleiben müssen. Aber die Ergebnisse der gewissenhaften kritischen Untersuchung liegen in ihren wesentlichen Punkten vor. Sie weisen u.a. darauf hin, dass in den verschiedenen Formen der zur schaffenden Organisation unter der Führung Frankreichs eine ständige Überlegenheit der früheren Gegner Deutschlands über die Bundesrepublik begründet wird, dass aus Angst vor der deutschen Konkurrenz die deutsche Wirtschaft geschwächt und die Ruhr, als ihr Kernstück, zum Verfügungsobjekt jener Mächtigkeitsgruppe wird, dass die Deutschen nicht unter dem Gesichtspunkt der optimalen Betriebsgröße konkurrieren, sondern dadurch unter Ausnahmehedingungen arbeiten müssen, dass man die technisch gerade noch mögliche kleinste Betriebsgröße für sie zulässt, dass der künftige deutsche Einflussanteil in allen wichtigen Instanzen in groteskem Widerspruch zu dem effektiven deutschen Leistungsanteil steht, dass schliesslich durch die Auflösung des gemeinsamen Kohlenverkaufs die Gefahr der Arbeitslosigkeit mit allen ihren schweren politischen Gefahren akut wird. Neben diesen gibt es eine Fülle weiterer Argumente, auf die hier im einzelnen nicht eingegangen werden kann.

Weshalb das alles so ist, wird, wie gesagt, in der angekündigten Darstellung genau begründet, in der neben dieser Beweisführung die eigene Konzeption über den zweckmässigen und vernünftigen Weg zu einer europäischen Gemeinschaft zu finden ist, die diesen Namen wirklich verdient. Die Zeit zwischen der Unterzeichnung und der parlamentarischen Behandlung dieses Vertrages muss und wird mit aller Kraft für den Nachweis benutzt werden, dass hier nicht ein hoffnungsvoller Anfang, sondern ein wirtschaftlicher und politischer Krisenherd erster Ordnung geschaffen wurde.

Streitobjekt Suezkanalzone

f. Der britische Botschafter Sir Ralph Stevenson ist nach Kairo zurückgekehrt mit Vorschlägen, die vom britischen Standpunkt aus fast eine Sensation, vom ägyptischen Standpunkt aus eine Abschlagszahlung sind. Das englische Kabinett hat beschlossen, unter gewissen Bedingungen der ägyptischen Forderung nach Zurückziehung der britischen Truppen aus der Suezkanalzone nachzugeben.

Diese Forderung ist von Ägypten seit langem erhoben worden. London hat sich bisher immer geweigert, ihr nachzukommen, und sich dabei des Arguments bedient, dass ein strategisch für die Sicherheit des ganzen Nahen Ostens so ungeheuer wichtiges Gebiet nicht ohne ausreichenden Schutz bleiben dürfe. Nachdem die Frage des Suezkanals in der letzten ägyptischen Thronrede erneut und mit ungewöhnlicher Schärfe aufgeworfen worden war, hat London eingesehen, dass die Zeit für neue Verhandlungen gekommen ist. Sie haben sich monatelang hingezogen. In dieser Zeit hat sich die ägyptische Haltung so versteift, dass es mehr als fraglich ist, ob der neue britische Vorschlag von den Ägyptern als eine annehmbare Verhandlungsgrundlage angesehen wird. Denn das britische Angebot ist unter anderem an die Bedingung geknüpft, dass britische Truppen im Kriegsfall sofort wieder ihre Positionen am Suezkanal beziehen dürfen.

Nach Lage der Dinge ist diese Bedingung nicht unbillig, zumal sie auch im nationalen Interesse Ägyptens liegen kann. Es wäre denkbar, dass mit Kairo trotz des heftigen Widerstandes nationalistischer Kreise gegen jede Konzession an England ein Übereinkommen ausgehandelt werden könnte, zumal der britisch-ägyptische Vertrag 1956 ohnehin abläuft. Aber die Hoffnung, dass die immer schärfer werdende Spannung zwischen Kairo und London damit aus der Welt geschafft werden könnte, wird am stärksten durch die Weigerung Englands verringert, auf die zweite Forderung Ägyptens einzugehen: die Einverleibung des Sudan, der jetzt von England und Ägypten gemeinsam, aber mit deutlichem englischen Übergewicht verwaltet wird. Auch diese Forderung war in der letzten ägyptischen Thronrede erhoben worden und mit der ersten verknüpft durch das Schlagwort von der "Einheit des Niltals". England kann diese Forderung am leichtesten

parieren mit dem Argument, nur die Sudanesen könnten darüber entscheiden, ob der Sudan mit Ägypten vereinigt werden solle oder nicht.

Sir Ralph Stevenson steht also vor einer sehr schwierigen Aufgabe. Kairo wird geneigt sein, in dem britischen Teilzugeständnis ein Zeichen zu sehen, dass England bereits die Auswirkungen des ägyptischen Nationalismus zu fürchten beginnt. Die englische Regierung ihrerseits riskiert ihren Sturz, wenn sie über ihr jetziges, in England höchst unpopuläres Angebot an Ägypten auch nur einen kleinen Schritt hinausgeht. Es ist bezeichnend, dass die Labourregierung bei der jüngsten Debatte über Ägypten im Parlament nur die knappste Mehrheit erreichte, seit sie an der Macht ist.

+ + +

Die Protokolle von Friedland

-dt. Zwei Meldungen der letzten Tage haben ein Problem vor die Öffentlichkeit gebracht, das im Trubel anderer politischer Ereignisse untergetaucht schien und das dennoch wert wäre, täglich immer wieder aufgegriffen zu werden: die Frage der deutschen Kriegsgefangenen in Russland. Die erste Meldung berichtet von 28 Kriegsgefangenen und einer Frau, die, aus russischer Gefangenschaft entlassen, in Friedland ankamen; die zweite Meldung stammt von einem Professor Kindermann-Überlingen und besagt, dass die sowjetrussischen Behörden Tausende von Kriegsgefangenen von der Bismeerküste abtransportieren, bei Moskau zusammenziehen und demnächst entlassen wollen. Nachforschungen haben ergeben, dass die Angaben Kindermanns mit Vorsicht aufzunehmen sind. Alle Erfahrungen sprechen auch dagegen, dass der Kreml, für den die Kriegsgefangenen ebenso ein Mittel der Politik sind wie etwa die Unterstützung der Kommunisten in Korea, einem Privatmann in Deutschland seine Absichten mit den Kriegsgefangenen bekanntgibt. Geschieht es trotzdem, dann wird damit ein bestimmter Zweck verfolgt, der Herrn Kindermann in ein mysteriöses Licht bringt; in diesem konkreten Falle könnte man annehmen, dass der Kreml zur Tarnung irgendeiner neuen Aktion guten Willen in Westdeutschland braucht. Im Interesse von Hunderttausenden von Menschen, die seit Jahren auf Angehörige warten, von denen sie wissen, dass sie in Russland noch am Leben sein müssen, wäre

es dringend notwendig, dass diese Angelegenheit geklärt wird.

Eine Tatsache aber ist der vor wenigen Tagen in Friedland angekommene Transport. Mit den Heimkehrern dieses Transportes sind nach längerer Zeit wieder Berichte über die Existenz deutscher Kriegsgefangener in Russland nach Westdeutschland gelangt. Namentlich, aber nicht als einzige, werden das Lager Swerdlowsk Nr. 4 genannt mit etwa 800 deutschen und österreichischen Insassen, die Lager Stalingrad und Krasnogorsk bei Moskau. In den Schilderungen wird übereinstimmend festgestellt, dass alle noch dort befindlichen Kriegsgefangenen festgehalten werden, ohne jemals verurteilt worden zu sein.

Die Verlogenheit der TASS-Meldung vom 4. Mai 1950, wonach die letzten Kriegsgefangenen entlassen und nur noch rund 13.000 verurteilte "Kriegsverbrecher" zurückgehalten worden seien, ist von deutscher Seite schon damals nachgewiesen worden. Die jetzigen Heimkehrer sind lebendige Zeugen dieser russischen Lüge und ihre Angaben sollten protokolliert und unverzüglich an die UNO-Kommission geschickt werden, die zurzeit das von deutscher Seite eingereichte Kriegsgefangenenmaterial prüft. Wie bekannt, soll die UNO-Vollversammlung einen Beschluss herbeiführen, was mit diesem Material zu geschehen hat, bzw. in welcher Form Russland zu einer Rechtfertigung seiner Kriegsgefangenen-Politik und zu einer Aufklärung über das Schicksal von Hunderttausenden Kriegsgefangenen veranlasst werden soll.

Die Protokolle der Heimkehrer sollte man aber auch an die Ostzonen-Regierung schicken. Bisher haben die Politiker der Ostzone, wenn sie bei ihren "Einheits"-Anbiederungen nach den deutschen Kriegsgefangenen gefragt wurden, stets auf die TASS-Meldung verwiesen, obwohl ihnen, die es nach Moskau näher haben als Westdeutschland, die Wahrheit sicherlich nicht unbekannt ist. Vielleicht könnte man die Ostzonen-Regierung auch bitten, diese Protokolle nach Moskau weiterzureichen, damit sich der "Botschafter" der DDR bei Stalin selbst eine Stellungnahme dazu hole.

Schliesslich wäre noch eines notwendig, damit man in der Kriegsgefangenenfrage wieder einen Schritt vorwärtskäme - und sei es nur, um Russlands Schuld erneut festzustellen: da man in Paris so ausdauernd beschäftigt ist, für die Vierer-Konferenz ein Programm aufzustellen, das eine Art Generalvereinigung sein soll, möge man dabei der deutschen Kriegsgefangenen nicht vergessen. Denn diese Frage liegt der deutschen Öffentlichkeit genau so am Herzen, wie Russland eine etwaige Wiederaufrüstung Deutschlands befürchtet.

Anna Stiegler 70 Jahre

(sp) Seit Jahrzehnten ist sie eine der Bremer Frauen, die im Mittelpunkt des öffentlichen Lebens in der alten Hansestadt steht. Am 21. April vollendet sie ihr 70. Jahr.

Als Tochter eines Landarbeiters wurde sie am 21. April 1881 in Penzlin (Mecklenburg) geboren. Seit 1905 gehört sie der Sozialdemokratischen Partei als eines ihrer aktivsten Mitglieder an; zunächst als Kämpferin um die politische Gleichberechtigung der Frau, später, als diese Frage geklärt war, widmete sie sich dem Aufbau der Weimarer Republik im Parlament, in Ausschüssen und Deputationen. Im November 1934 wurde sie verhaftet und 1935 wegen angeblichen Hochverrats zu der unfassbaren Strafe von fünf Jahren Zuchthaus und Ehrverlust verurteilt. Anna Stiegler verbüßte ihre "Strafe" in Lüneburg. 1940 freigelassen, kam sie in sogenannte Sicherheitsverwahrung nach Bremen, später in das Frauen-KZ Ravensbrück. Hier begann für die zarte kleine Frau eine furchtbare Leidenszeit von fast fünf Jahren, kaum gemildert durch Begegnungen mit gleichgesinnten Leidensgefährtinnen.

Mitte April 1945, als sich die Alliierten näherten, löste die SS das KZ Ravensbrück auf und bewegte nun den Elendzug dieser Frauen hinter der Front, fortgesetzt von Tieffliegern bedroht, krank und elend, um die letzten kümmerlichen Habseligkeiten bestohlen, wurde Anna Stiegler, nachdem die SS den Transport verlassen hatte, von einer hilfreichen Familie in einem kleinen mecklenburgischen Ort aufgenommen. Wochenlang lag sie zwischen Tod und Leben darnieder, bis sie in den ersten Januar Tagen 1946 nach Bremen geholt werden konnte.

Auch ihr Lebenskamerad, Karl Stiegler, war aus politischen Gründen im Januar 1935 verhaftet und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Nach Verbüßung dieser Strafe kam er in das KZ Sachsenhausen. Dort scheint man ihn in den Apriltagen 1945 vernichtet zu haben.

Im Alter von 65 Jahren nahm Anna Stiegler mit altem Elan ihre politische Tätigkeit wieder auf mit dem Schwergewicht in der Bremer Bürgerschaft. Hier arbeitet sie wieder in wichtigen Deputationen - wie Wohlfahrt und Gesundheit. In allen Frauenfragen ist sie die beste Kennerin. Ende 1950 gelang es ihr, den wichtigsten Paragraphen des im Bundestag noch vorliegenden Mutterschutz-Gesetzesentwurfes in Bremen durch eine Eingabe unserer Partei zur Durchführung zu bringen. Unermüdlich in ihrer Arbeit, ist Anna Stiegler eine vorbildliche Kämpferin für Frieden und Freiheit.

Helene Kaiser.